

Einblick – der Newsletter

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Teltow-Fläming

Ausgabe 14, September 2012

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Sommerpause 2012 ist beendet – und die Kreispolitik meldet sich mit einem Paukenschlag zurück! Gegen den Landrat wurde ein Strafbefehl wegen Vorteilsnahme und Untreue beantragt und ist so vom Landrat auch akzeptiert worden. Als Ergebnis haben wir nun einen vorbestraften Politiker an der Spitze des Landkreises und dementsprechend war natürlich auch die Reaktion in den Parteien und Fraktionen sowie den Medien und der Öffentlichkeit. Zur Kreistagssitzung selbst hat sich der Landrat mit einer persönlichen Erklärung zu Wort gemeldet und auch für die weiteren Beratungen der politischen Gremien aller Parteien im Kreistag seine Bereitschaft zum Rede und Antwort stehen in deren Beratungen bekräftigt.

Für DIE LINKE ist dies in einer gemeinsamen Sitzung von Kreisvorstand und Fraktion am 6. September bereits geschehen, der Landrat erklärte sich uns gegenüber und wir haben in Würdigung der Gesamtsituation die Stellung eines Abwahantrages für nötig erachtet. Dieser ist wiederum in unseren Augen durch die den Landrat tragende Fraktion, also der SPD/Grüne, zu stellen. Unsere Pressemitteilung dazu finden Sie im Wortlaut auch in dieser Ausgabe des *Einblick* auf Seite 6.

Die Kreistagsfraktion der LINKEN Teltow-Fläming wünscht eine informative Lektüre.

PS: Wünschen Sie Kontakt zu uns? Wie, erfahren Sie auf der letzten Seite im Impressum.



Aktuelles aus dem Kreistag

Persönliche Erklärung des Landrates zum beantragten Strafbefehl gegen ihn

► Noch vor Eröffnung der Kreistagssitzung gab der Vorsitzende das Wort an den Landrat zur angekündigten persönlichen Erklärung. Natürlich können wir hier nicht den gesamten Inhalt wiedergeben, jedoch möchten wir in Ansätzen einen kleinen Eindruck vermitteln.

Nach fast drei Jahren mit Ermittlungen und Presseveröffentlichungen zum Thema hat Peer Giesecke nun seit dem 30. August einen Strafbefehl der Staatsanwaltschaft und diesen auch

bereits akzeptiert. Es fehlt lediglich die Bestätigung durch das zuständige Amtsgericht. Der Landrat brachte sein Bedauern für die Belastung des Landkreises und der Mitarbeiter der Kreisverwaltung zum Ausdruck und bat um Entschuldigung für die ihm zuzuschreibenden Fehler. Peer Giesecke will die Verantwortung tragen und sich dieser auch stellen. Ein Prozess mit eventuellem Freispruch bei jedoch nicht absehbarer Dauer hätte die Verwaltungsspitze weiter handlungsunfähig gehalten und auch der Schutz seiner Familie und die Rücksichtnahme auf seine Gesundheit machten die Annahme des Strafbefehls für ihn notwendig. Wichtig war es ihm klarzustellen, dass alle anonym gegen ihn erhobenen Anzeigen widerlegt wurden und nichts davon gegen ihn Substanz hatte. Auch die Staatsanwaltschaft konnte letztlich nur auf Vorteilsnahme und Veruntreuung plädieren, eine Bestechlichkeit war nie gegeben. Die veruntreuten Gelder waren immer nur zum Vorteil Dritter und wurden sämtlich vom Landrat privat an die Kreiskasse zurückerstattet.

Der Kreistag müsse nun über die Zukunft des Landrates entscheiden und mit diesen Worten beendete Peer Giesecke seine Ausführungen.

Die Erklärung wurde von den Anwesenden zur Kenntnis genommen, eine Debatte wurde gemäß Geschäftsordnung nicht zugelassen.

Mitteilungen des Kreistagsvorsitzenden

► Vor einiger Zeit hatte sich der Kreistag mit einer Petition aus Rangsdorf zu befassen, es ging dabei um einen Spielplatz und davon ausgehendem Lärm. Hierzu hatte der Kreistag der Gemeinde Vorschläge zur Lösung gemacht und diese durch den Kreistagsvorsitzenden übermitteln lassen. Die Gemeindevertretung hat sich diese zu Eigen gemacht und umgesetzt, damit wird die Petition aus Kreistagsicht als erledigt angesehen.

Einwohnerfragestunde

► In dieser Sitzung machten gleich mehrere Einwohnerinnen und Einwohner aus dem Landkreis von ihrem Fragerecht Gebrauch. So gab es Nachfragen zur Kommunalisierung des Rettungsdienstes, zu den MBS-Immobilien, zur geplanten Straßenumwidmung und Übertragung auf die Kommunen oder auch zum Schutzwürdigkeitsgutachten der Landschaft bei Kallinchen. Das Meiste konnte durch die Verwaltung gleich beantwortet werden, anderenfalls wurden schriftliche Antworten zugesagt.

Mit der Übergabe einer Unterschriftensammlung machte der Ortsvorsteher von Zesch am See auf ein Problem beim Bau von Verbindungsstraßen am Ort aufmerksam. Das Land stellt hier nur Fördermittel bereit, wenn die entsprechende Absicherung der Kofinanzierung im Kreishaushalt vermerkt ist. Unter Berücksichtigung der angespannten Haushaltslage ist dies laut dem zuständigen Dezernenten, Herrn Gärtner, bisher nicht geschehen. Für die Kreisverwaltung sagte dieser jedoch eine Prüfung und baldige Entscheidung zu.

Bericht des Landrates zur aktuellen Haushaltssituation

► Unter diesem Tagesordnungspunkt erhielt Herr Albrecht als zuständiger Dezernent das Wort und gab eine Kurzbilanz für das erste Halbjahr 2012. Von den rund 193 Mio. Euro als Ausgaben veranschlagten Mitteln sind zum Halbjahr annähernd 50 % abgeflossen. Auch die durch Haushaltssatzung maximal erlaubte Höhe des Kassenkredites von 37 Mio. Euro für das Jahr 2012 ist mit 35,9 Mio. Euro fast erreicht. Hier spielt jedoch auch eine Rolle, dass viele Leistungen, die auf das Jahr gesehen fällig werden und schon absehbar waren, bereits im ersten Halbjahr vermerkt worden sind. Nichtsdestotrotz ist die Lage alles andere als rosig und sollte wohl auch keine allzu positive Stimmung vermitteln.

Antrag zur Förderung des Holzkompetenzstandortes Baruth

► Der Wirtschaftsausschuss des Kreistages hat sich mit seinen Mitgliedern einstimmig dafür ausgesprochen, dass das bestehende Clusterkonzept der Landesregierung mit dem bisherigen Branchenkompetenzfeld „Holzverarbeitende Wirtschaft“ um eine Schwerpunktsetzung „Innovative Werkstoffe“ zu ergänzen und in der Förderung gleichzustellen ist. Der Kreistag hat die Vorlage bei einer Enthaltung angenommen.

[Antrag der Mitglieder des Wirtschaftsausschusses](#)

Petition der Bürgerinitiative Freier Wald e.V.

► Die Bürgerinitiative Freier Wald e.V. aus Kallinchen hat sich mit einem Anliegen an den Kreistag gewandt. Es wird gefordert, dass auch die Bürgerinnen und Bürger in den Sitzungen des Regionalvorstandes der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ein Rede-recht erhalten sollen um sich so zu Fragen der Regionalplanung kommunalpolitisch einbringen zu können. Das Anliegen wurde mit dem Leiter der Planungsgemeinschaft erörtert und positiv bewertet. Nunmehr wird es bereits auf der nächsten Zusammenkunft des Vorstandes einen Tagesordnungspunkt „Bürgerfragestunde“ geben. Für die dauerhafte Etablierung des Vorhabens ist eine Hauptsatzungsänderung erforderlich, die erst noch vom Vorstand der Planungsgemeinschaft bei seiner nächsten Zusammenkunft entschieden werden muss. Der Beschluss zur Unterstützung des Anliegens wurde vom Kreistag bei einer Enthaltung positiv beschieden.

[Vorlage an den Kreistag zur Petition der Bürgerinitiative](#)

Kommunalisierung des Rettungsdienstes im Landkreis

► Wie bereits in der Juni-Ausgabe unseres Newsletters ausführlich berichtet, soll der Rettungsdienst im Landkreis kommunalisiert werden. Es erfolgten fristgemäß die Vertragskündigungen mit den bisher beteiligten Hilfsorganisationen und die Vorbereitungen der Maßnahmen zur Kommunalisierung. Nunmehr wurde die Beschlussvorlage zur Kommunalisierung erstellt, welche auch die Gründung einer kreiseigenen GmbH (Eigengesellschaft) zum 1. Januar 2013 und einen Gesellschaftsvertrag beinhaltet.

Der Kreistag stimmte der Vorlage bei zehn Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen zu, ferner wurde eine außerplanmäßige Auszahlung über 200.000 Euro als Stammeinlage für die Gründung dieser Rettungsdienst GmbH aus dem Umlaufvermögen des Eigenbetriebes Rettungsdienst mehrheitlich beschlossen.

[Beschlussvorlage zur Kommunalisierung nebst Anlagen Auszahlung der Stammeinlage](#)

Deckung der Liquidität der SWFG mbH

► In dieser Beschlussvorlage bittet der Landrat um Zustimmung für die Bereitstellung von 1.300.000 Euro zur Deckung der Liquidität der SWFG im Kalenderjahr 2012. Diese Mittel sollen in Abhängigkeit von der konkreten finanziellen Situation gewährt werden. Die Kreistagsmitglieder stimmten dem mehrheitlich zu, bei fünf Nein-Stimmen und wenigen Enthaltungen. Die Vorlage hierzu mit einer ausführlichen Begründung finden Sie unter dem folgenden Link.

Beschlussvorlage

Machbarkeitsstudie Kreisenergiewerke

► Im Februar 2011 hatte der Kreistag den Landrat gebeten, die Möglichkeiten der Gründung von regionalen Energiewerken zu prüfen. In Kooperation mit unserem Nachbarlandkreis Dahme-Spreewald und der REST GmbH wurde eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben und die Ergebnisse hierzu nun mit dieser Vorlage an den Kreistag präsentiert.

Das Vorhaben scheint Potenzial zu besitzen, auch wenn nicht alle geplanten Aspekte positiv bewertet werden konnten. Die Informationsvorlage inklusive der Ergebnispräsentation der Machbarkeitsstudie finden Sie hier:

Informationsvorlage

Auflösung der AG „Haushaltskonsolidierung“

► In der letzten Ausgabe des *Einblick* hatten wir unter dem Punkt „Mitteilungen des Landrates“ von der Information desselbigen berichtet, dass das Innenministerium Brandenburgs die Einrichtung einer Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung durch den Kreistag beanstandet hat. Daher wurde die Auflösung der Arbeitsgruppe und die Aufhebung des Kreistagsbeschlusses notwendig, was mit dieser Beschlussvorlage bei zwei Enthaltungen geschehen ist.

Beschlussvorlage

Verkehrssicherheit vor Schulen und Kindertagesstätten



► Vor einem guten dreiviertel Jahr hat der Kreistag mit den Stimmen der Kooperation den Beschluss gefasst, dass durch die Kreisverwaltung ein Verkehrssicherheitskonzept zur Umsetzung von Tempo-30-Zonen vor Schulen und Kindertagesstätten im Landkreis erarbeitet werden soll. Nunmehr hat die Verwaltung eine Informationsvorlage in den Kreistag eingebracht, die eine Bewertung der Rahmenbedingungen, der Rechtslage und der aktuellen Situation im Landkreis beleuchtet. Im Ergebnis jedoch ist das gezogene Fazit eher ernüchternd und kaum wegweisend. Seinen Unmut hierüber hat für unsere Fraktion Felix Thier in einem Redebeitrag zum Ausdruck gebracht da gezeigt wird, „dass alles gut ist, wo gehandelt werden konnte, oder eben nichts machbar ist und dementsprechend bisher nichts geschehen ist“. Die Frage ist dann aber, warum sich Eltern und andere Bürgerinnen und

Bürger des Landkreises an uns wenden, mit der Bitte um Unterstützung und Hilfestellung. Erinnert sei hier nur einmal an den Protest der Vertreter der Grundschule in Groß Machnow. Mit diesen Ausführungen hat Felix Thier im Namen der Linksfraktion um Überarbeitung des Konzeptes gebeten.

Die Informationsvorlage wurde im Anschluss daran vom Kreistag zur Kenntnis genommen.

Redebeitrag von Felix Thier

Informationsvorlage der Verwaltung

Unterbringung von Spätaussiedlern und Asylbewerbern

► Auf Grund des starken Rückgangs der Zuweisung von Spätaussiedlern wurde der bisherige
www.dielinke-teltow-flaeming.de/kreistagsfraktion

Vertrag über die Unterbringung von Spätaussiedlern in Übergangswohnungen mit der Futura GmbH mit Wirkung zum 31. August 2012 gekündigt.

Da der Landkreis Teltow-Fläming seit 2011 mehr Asylbewerber zugewiesen bekommt, als im ASB-Übergangswohnheim für Asylbewerber in der Anhaltstraße 31 in Luckenwalde untergebracht werden können, wurde mit der Futura GmbH ein neuer Vertrag ausgehandelt, der neben der Unterbringung von Spätaussiedlern auch die Unterbringung von Asylbewerbern nach § 3 AsylbLG in den Übergangswohnungen in der Breiten Straße 33 in Luckenwalde ermöglicht.

Die zusätzliche Nutzung der 15 Plätze in den Übergangswohnungen der Futura GmbH für Asylbewerber nach § 3 AsylbLG ist notwendig, um die auf den Landkreis Teltow-Fläming entfallende Aufnahmequote nach dem Landesaufnahmegesetz (LAufnG) erfüllen zu können.

Beschlussvorlage inklusive Vertrag

Richtlinie zur Kindertagespflege

► Die derzeit gültige Richtlinie des Landkreises Teltow-Fläming trat am 1. Januar 2011 in Kraft und gilt für die Dauer von zwei Jahren.

Die Richtlinie wurde auf ihre Wirksamkeit geprüft und entsprechend des Bedarfs und der Qualitätsentwicklungen im Landkreis überarbeitet. Insbesondere beim Erlaubnisverfahren zur Kindertagespflege gibt es Veränderungen mit dem Ziel der Qualitätsverbesserung. Der Kostensatz zum Sachaufwand wurde um 3,4 % erhöht und damit an die Lebenshaltungskosten angepasst. Des Weiteren wurden die Änderungen des Bundeskinderschutzgesetzes berücksichtigt.

Um die Beteiligung der Fachkräfte und Betroffenen sicherzustellen, wurde der Entwurf allen Tagespflegepersonen zur Kenntnis gegeben. Im Arbeitskreis „Qualitätsentwicklung der Kindertagespflege im Landkreis Teltow-Fläming“ wurde gemeinsam mit den Tagespflegepersonen die überarbeitete Fassung erörtert und Anmerkungen der Teilnehmerinnen aufgenommen. In der Trägerberatung im April 2012 wurden die Änderungen in der Richtlinie auch mit den einzelnen Kommunen des Landkreises erörtert.

Die Richtlinie wurde in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 6. Juni 2012 diskutiert, Änderungsvorschläge in der vorliegenden Fassung eingearbeitet und abschließend vom Ausschuss einstimmig befürwortet.

Der Kreistag schloss sich dem an und stimmte bei einer Nein-Stimme und einer Enthaltung der Vorlage zu.

Beschlussvorlage

Hauptsatzung des Landkreises

► Im Rahmen des Anzeigeverfahrens nach § 131 Abs. 1 i.V.m. § 4 Abs. 2 Satz 2 BbgKVerf legte das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg als Kommunalaufsichtsbehörde richtigerweise dar, dass die im Kreistag am 14. Mai 2012 beschlossene Satzung zur Dritten Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Teltow-Fläming aus rechtsförmlicher Sicht einen erheblichen Mangel enthalte, der eine Wiederholung des Satzungsverfahrens erforderlich mache.

Aus Gründen der Rechtsklarheit wurde daher von der Kreisverwaltung vorgeschlagen, anstelle einer weiteren Änderungssatzung eine neu gefasste Hauptsatzung durch den Kreistag zu beschließen. Für solche Satzungsänderungen ist eine qualifizierte Mehrheit (also mindestens 29 Ja-Stimmen) im Kreistag erforderlich. Diese kam jedoch bei einer Nein-Stimme und einer Enthaltung problemlos zu Stande.

Berufung sachkundiger Einwohner

► Sachkundige Einwohner dienen den Ausschüssen des Kreistages, wie der Name schon vermuten lässt, zur Unterstützung und Beratung bei der Sacharbeit und den jeweiligen Themen. Nunmehr wurde für unsere Fraktion Winand Jansen aus Nuthe-Urstromtal bei zwei Enthaltungen durch Kreistag in den Ausschuss für Wirtschaft berufen.

[Die Vorlage hierzu als pdf-Datei](#)

Mitteilungen des Landrates

► Unter diesem Tagesordnungspunkt hatte der Landrat dieses Mal nur einen Fakt zu berichten. Mit Wirkung zum 1. September ist in der Wirtschaftsförderung in der Kreisverwaltung eine neue Struktur zum Tragen gekommen. Nunmehr sind Mitarbeiter aus der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft (SWFG) mbH in die Kreisverwaltung übernommen und in das Amt für Wirtschaftsförderung integriert worden.

Dokumente – Anfragen & Anträge aus unserer Fraktion

Antworten zu früheren Anfragen aus der Fraktion

► [Antwort zur Anfrage von Felix Thier \(Lernatlas Bertelsmann-Stiftung\)](#)

Aussprache war sachlich, offen und konsequent - Abwahlantrag notwendig



► Kreisvorstand und Kreistagsfraktion berieten zum Strafbefehl gegen den Landrat und veröffentlichten im Anschluss daran die folgende Pressemitteilung:

Zum Abschluss der Ermittlungen gegen den Landrat und dem beantragten Strafbefehl mit hinreichendem Tatverdacht wegen Vorteilsnahme und Untreue und dem Schuldeingeständnis von Peer Giesecke, verständigten sich heute in einer Sondersitzung die Linksfraktion im Kreistag Teltow-Fläming und der

Kreisvorstand der LINKEN. Dazu erklären die Vorsitzenden des Kreisverbandes und der Fraktion, Kornelia Wehlan und Hans-Jürgen Akuloff:

Kornelia Wehlan: „Ohne Tabu, sachlich und offen sind die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft Neuruppin gegen den Landrat von Teltow-Fläming angesprochen und debattiert worden. Peer Giesecke selbst hat sich den Fragen der Abgeordneten und Vorstandsmitglieder der LINKEN selbstkritisch und in der gebotenen politischen Verantwortung für den Landkreis und für die Kreisverwaltung gestellt. Mit der Anerkennung des beantragten Strafbefehls geht es um die politische Verantwortung in Anbetracht eines Schuldeingeständnisses wegen Vorteilsnahme und Untreue. Das war allen Anwesenden klar.“ und auch, so Jürgen Akuloff: „... dass nichts so weitergehen kann und wird, wie es war. Wir haben die Erwartung an die mandatstragende SPD-Fraktion des Landrates, dass sie die erforderlichen Entscheidungen für den Kreistag fraktionsübergreifend und zeitnah vorbereitet, wenn der Strafbefehl Rechtskraft erlangt. Mit dem Schuldeingeständnis sieht die Linksfraktion im Kreistag und der Kreisvorstand der LINKEN in

Anfrage zu den Folgen des Jagdurteils des EGMR auf Teltow-Fläming



► In einem von der Fachwelt mit starker Resonanz versehenen Urteil hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg über die Zwangsmitgliedschaft in der Jagdgenossenschaft bzw. die Duldung des Jagdausübungsrechtes in Deutschland entschieden. Der Beschwerdeführer aus Baden-Württemberg machte im Verfahren deutlich, dass er aus ethischen Gründen die Jagd ablehnt, sie aus rechtlichen Gründen jedoch auf seinem Grund und Boden dulden müsse.

Bei Grundstücken mit einer Flächengröße unter 75 ha ist man nach dem Bundesjagdgesetz (BJagdG) automatisch Mitglied in einer Jagdgenossenschaft und muss Jagden auf seinem Boden dulden. Frühere Instanzen zum Streit wiesen die Beschwerde ab und auch das Bundesverfassungsgericht führte in seiner Begründung

zur Ablehnung der Annahme zur Entscheidung aus, dass das BJagdG auf die Erhaltung von auf landschaftlichen und landeskulturellen Verhältnissen angepassten artenreichen und gesunden Wildtierbeständen zielt. Eine verpflichtende Mitgliedschaft in der Jagdgenossenschaft für solch ein Ziel sei daher angemessen und notwendig.

Der Beschwerdeführer rügte im Verfahren vor dem EGMR mehrere Verletzungen seiner Grundrechte, letztlich befasste sich der EGMR jedoch nur mit dem Artikel 1 Protokoll Nr. 1 (Schutz des Eigentums) der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und bejahte im Ergebnis eine Verletzung eben dieses Rechtes.

Schlussfolgernd lässt sich damit festhalten, dass eine Jagd auf dem eigenen Grund und Boden nicht mehr geduldet werden muss und diese den Jagdgenossenschaften untersagt werden kann. Damit droht ein Zerfall des Landes in einen Flickenteppich mit „Jagdzonen“ und jagd-freien Gebieten. Eine flächendeckende Bejagung und damit einhergehende Populationskontrolle droht unmöglich zu werden, Folge wären unkontrollierbare Wildbestände und damit einhergehende Wildschäden in Forst- und Landwirtschaft.

Wie sich das ganze nun für unseren Landkreis darstellt und ob dahingehend schon Erkenntnisse vorliegen wollte Felix Thier mit seiner Anfrage ergründen.

Anfrage

Anfrage zur Förderrichtlinie Jugendarbeit



► Das Jugendamt beabsichtigt, laut Entwurf der Richtlinie zur Förderung der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes im Landkreis Teltow-Fläming, die vom Jugendhilfeausschuss am 10. November 2010 für die Jahre 2011/2012 beschlossene selbige Richtlinie ab 2013 zu verändern. Bereits vor einem Jahr hat Felix Thier eine Anfrage zur Förderrichtlinie für die Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis Teltow-Fläming gestellt, da von Seiten des Jugendamtes an der selbigen Änderungen geplant waren. Nunmehr hat er gleichlautend erneut die Anfrage gestellt, jetzt auf das aktuell laufende Jahr angepasst, um den Entwicklungsverlauf ersehen zu können.

Termine

- **18. September**, 17 Uhr: Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung
 - **25. September** 17 Uhr: Rechnungsprüfungsausschuss
 - **2. Oktober**, 17 Uhr: Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung
 - **15. Oktober**, 17 Uhr: Haushalts- und Finanzausschuss
 - **16. Oktober**, 17 Uhr: Unterausschuss Jugendhilfeplanung
 - **17. Oktober**, 17 Uhr: Ausschuss für Wirtschaft
 - **18. Oktober**, 17 Uhr: Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport, Kreishaus Luckenwalde
 - **18. Oktober**, 17 Uhr: Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt, Lichterfelde
 - **22. Oktober**, 17 Uhr: Kreisausschuss, Kreishaus Luckenwalde
 - **24. Oktober**, 17 Uhr: Jugendhilfeausschuss
 - **29. Oktober**, 17 Uhr: Ausschuss für Gesundheit und Soziales, Kreishaus Luckenwalde
 - **29. Oktober**, 19 Uhr: Sitzung der Kreistagsfraktion DIE LINKE., Kreishaus Luckenwalde
 - **5. November**, 17 Uhr: Sitzung des Kreistages, Kreishaus Luckenwalde
 - **6. November**, 17 Uhr: Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung
-

Bürgerdialog zur Windenergie

Felix Thier veranstaltete für die Kreistagsfraktion ein Bürgerforum und hatte Brandenburgs Umweltministerin Anita Tack zu Gast

Der Tag war heiß, das Thema auch. Unter dem Motto "Windenergie" hatte Felix Thier für unsere Kreistagsfraktion zu einem Bürgerdialog geladen. Als kompetente Gesprächspartnerin konnte er dafür die Brandenburger Umweltministerin Anita Tack (DIE LINKE) gewinnen.

Nach wenigen kurzen Worten der Einleitung und Zahlenpräsentationen (so sind in unserem Landkreis bspw. aktuell noch 45 Windkraftanlagen beantragt), versehen mit Ausführungen zu der von der rot-roten Landesregierung erstellten Energiestrategie Brandenburgs ging es dann auch gleich in die ersten Fragerunden. Bei nicht immer einfachen Fragestellungen und sicherlich nachvollziehbaren emotionalen Beiträgen gab sich die Ministerin sichtlich Mühe und beantwortete mit viel Geduld und Sachlichkeit die Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Wenn auch verständlicherweise nicht alle der mehr als 60 Teilnehmer in zwei Stunden zu Wort kommen konnten, war Felix Thier als Moderator doch bemüht es allen Recht zu machen und soviel wie möglich an Diskussionsbeiträgen zuzulassen. Das dies stellenweise dann auch bei lautstarken und wenigen polemischen Vorwürfen schwierig war, ist wohl einleuchtend.

Nichtsdestotrotz bedankte man sich auch im Nachhinein für die von der LINKEN geschaffenen Möglichkeit, sich hier endlich einmal Luft machen und sich Gehör verschaffen zu können. Vergleichbares war von anderen Parteien bzw. Fraktionen bisher nicht bekannt oder in Angriff genommen worden. Daher kamen wohl auch die Bürgerinitiativen gegen die Windkraftanlagen aus dem ganzen Land. Ob nun aus Kallinchen, aus der Nauener Region, aus Schönwalde-Glien oder aus Fichtenwalde – die Veranstaltung hatte sich rumgesprochen und so für rege Teilnahme gesorgt.

Auch wenn man sich in der Sache eher unversöhnlich gegenüber stand wurden doch Argumente ausgetauscht und der Kontakt zum Bürger gesucht. Die Politik ist also zumindest stellenweise noch nicht komplett vom Volk abgekoppelt und zeigt auch vor Ort noch Präsenz! Wir als Linksfraktion sehen uns daher in unserer Idee bestätigt und werden zu gegebenem Anlass sicherlich auf die Möglichkeit des Bürgerdialogs zu besonders brisanten Themen zurückkommen.

Fotos: Märkische Allgemeine Zeitung und Kreistagsfraktion



Impressum:
 Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming –
 Fraktion DIE LINKE.
 Zinnaer Straße 36, 14943 Luckenwalde
 Telefon: 03371 – 632267;
 Telefax: 03371 – 636936;
 E-Mail:
 kreistagsfraktion@dielinke-teltow-flaeming.de
 V.i.S.d.P.:
 Felix Thier, Mitglied des Kreistages



www.facebook.com/dielinke.tf

DIE LINKE.
 Fraktion im Kreistag Teltow-Fläming